

Landkreis Börde  
Der Landrat

**Öffentliche Bekanntmachung des Landkreises Börde gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes  
über die Umweltverträglichkeit (UVPG) über das Unterbleiben einer  
Umweltverträglichkeitsprüfung**

Die Rauße Beteiligungs GmbH, Steinburgring 29 in 48431 Rheine hat einen Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung gemäß § 16b Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) zur Errichtung und zum Betrieb von 3 Windenergieanlagen (WEA) vom Typ Vestas V 162 (7,2 MW, Nabenhöhe 169 m, Rotordurchmesser 162 m, Gesamthöhe 250 m) (bei gleichzeitigem Rückbau von 5 Bestandwindenergieanlagen (Repowering)) im Windpark Irxleben, Gemarkung Irxleben, Flur 2, Flurstück 126/1, sowie Gemarkung Groß Santerleben, Flur 3, Flurstück 799 vorgelegt.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um eine Anlage der Nummer 1.6.2 des Anhangs 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV).

Vorhaben der gleichen Art bilden unter bestimmten Bedingungen (wie z. B. gemeinsamer Einwirkbereich und gemeinsames Vorranggebiet für Wind) trotz unterschiedlicher Betreiber eine Windfarm. Die bestehende Windfarm wird durch das Hinzutreten eines weiteren Vorhabens geändert. Die UVP-Pflicht von Änderungsvorhaben wird in § 9 UVPG geregelt.

In dem Vorhabengebiet befinden sich 11 WEA, von denen 7 im Rahmen des Repowerings zurückgebaut und durch 5 neue ersetzt werden sollen. Es verbleiben somit 9 Anlagen nach Umsetzung beider Vorhaben im Plangebiet Irxleben.

Die Errichtung von 6 bis weniger 20 WEA mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 m ist der Anlage 1 Ziffer 1.6.2 zuzuordnen. Gemäß Spalte 2 ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen, welche den Regelungen von § 7 Abs. 1 unterliegt. Für die allgemeine UVP-Vorprüfung sind alle Kriterien der Anlage 3 zu prüfen und ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Unter Berücksichtigung der angeführten Gutachten und der Stellungnahmen der beteiligten Fachbehörden liefern die vorliegenden überschlägigen Informationen keine begründeten Hinweise darauf, dass das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich.

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit erfolgt zusätzlich im zentralen Internetportal unter [www.uvp-verbund.de](http://www.uvp-verbund.de).

Diese Veröffentlichung erfolgt gemäß § 5 Abs. 2 UVPG. Die Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 des UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Haldensleben, 27.08.2025



M. Stichnoth  
Landrat